

Landhaus in Milda – ein echtes Zuhause und guter Arbeitsplatz

Milda. (VG) Der Ort Milda im Saale-Holzland-Kreis mag nicht jedermann direkt ein Begriff sein. Nahe Jena und nur 15 Kilometer von der Autobahn entfernt, bietet er eine gute Mischung aus Ruhe und Anbindung an die nächste Großstadt mit umfassender Infrastruktur.

Neben ganz viel Natur bietet Milda seinen Menschen aber etwas ganz Besonderes: Eine Landhaus Seniorenwohngemeinschaft. Hierbei handelt es sich um eine Pflegeeinrichtung der besonderen Art: Das Haus wurde erst 2024 in nachhaltiger Holzbauweise errichtet und bietet seinen 55 Bewohnern nicht nur liebevolle und professionelle Pflege, sondern ein angenehmes und natürliches Raumklima. Es stehen 47 Einzel- und vier Partnerzimmer zur Verfügung. Das Haus ist gut belegt, es sind nur noch wenige Plätze frei.

Die Idee der Landhaus Seniorenwohngemeinschaften wurde 2021 entwickelt. Das erste Haus wurde in Berlstedt, Nähe Erfurt errichtet. Seither sind weitere 10 Landhäuser in Thüringen entstanden und die Expansion in Thüringen und in andere Bundesländer geht weiter.

Hinter den Landhaus Seniorenwohngemeinschaften steht ein erfahrener Player der Pflegebranche: Die Victor's Group, die seit fast 50 Jahren Menschen im Alter nicht nur professionelle Pflege bietet, sondern auch ein komfortables, sicheres und selbstbestimmtes Leben. Das familiengeführte Unternehmen betreibt bundesweit über 140 Seniorenresidenzen unterschiedlicher Marken und ist damit ein sicherer Arbeitgeber.

Die Größe – bzw. Kleinheit – der Landhäuser ist es auch, die von Bewohnern und Mitarbeitern als so wohltuend und familiär empfunden wird.



Das Team in Milda freut sich auf neue Kolleginnen und Kollegen.

Fotos: Victor's Group, Andreas Schlichter



Das nagelneue Gebäude ist ideal zum Leben und Arbeiten gemacht. Dank neuester Pflegesoftware ergibt sich eine hohe Arbeitserleichterung und so bleibt den Mitarbeiterinnen genügend Zeit für den einen oder anderen Plausch mit den Senioren.

Warum lohnt es sich noch, in der Pflege und speziell in einem Landhaus zu arbeiten?

Weil es sich um ein spannendes Aufgabenfeld handelt, eine Arbeit mit Sinn, Herz und

Zukunft. Entgegen der landläufigen Meinung ist der Verdienst in der Pflegebranche inzwischen gut. Azubis liegen mit ihren Vergütungen sogar an der Spitze der Ausbildungsbereiche.

Es gibt vielfältige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und die Aufstiegschancen in den kleinen Teams der Landhäuser sind exzellent. Auf familienfreundliche Arbeitszeiten und Dienstplanung wird geachtet.

Für die Mitarbeiter gibt es Rabatte in 600 Shops von Mode bis Technik und in Hotels, die zur Victor's-Gruppe zählen, darüber hinaus einen Zuschuss zur betrieblichen Altersvorsorge, E-Bike Leasing und Sonderkonditionen in den McFit-Fitnessstudios in Erfurt und Gera.

Wer bei den Landhaus Seniorenwohngemeinschaften beginnt zu arbeiten, kann mit einem intensiven, vierwöchigen Onboarding rechnen.

Die Bewohner und Mitarbeiter ist auch eine Belebung der örtlichen Infrastruktur zu bemerken, was dem Dorf guttut. Um auch zukünftig beste Mitarbeiter zu haben, bildet das

kann es auch sein, dass der Weg zur Arbeit besonders kurz ist, wenn man in den umliegenden Ortschaften wohnt. Dies mag ein Vorteil sein im Vergleich zu den weiter entfernten Arbeitsplätzen in der Stadt, wo man zu Stoßzeiten schon mal länger unterwegs ist.

Rund 40 Menschen arbeiten in einem Landhaus. Dazu gehören Arbeitsplätze in der Pflege, aber auch in der Verwaltung, der Küche, der Beschaffung und in der Haustechnik. Das Team setzt sich aus Fachkräften, Hilfskräften, Wiedereinstiegern, Teil- und Vollzeitkräften zusammen.

Die Arbeitsatmosphäre wird von Mitarbeitern wie Bewohnern als angenehm und familiär bezeichnet. Seit der Eröffnung des Landhauses in Milda



CAVALLUNA
PASSION FOR HORSES

**TOR ZUR
ANDERSWELT**

**10.-12.04.26 Chemnitz
17.-19.04.26 Erfurt**

www.cavalluna.com

Landhaus Mildaer Hof auch gesproche, Probearbeitstage selbst aus. Auf die Integration und Förderung internationaler Mitarbeiter wird ebenfalls viel Wert gelegt. Sie möchten gern mit Menschen arbeiten und suchen eine sinnstiftende Arbeit in einem familiären Team? Unverbindliche Kennenlern-

(Aus-) Bildungs- & Stellenmarkt

BÜRGERZEIT aktuell

Als Professorin Lehre und Gesellschaft mitgestalten

Vielschichtiger Beruf: An der Hochschule machen Frauen Karriere

Jena. (DJD) In den vergangenen Jahren hat sich der Frauenanteil der Professorstellen an deutschen Hochschulen kontinuierlich erhöht. Das teilt das Statistische Bundesamt mit. Derzeit gibt es rund 51.900 hauptberufliche „Profs“ – knapp 30 Prozent davon sind weiblich.

Die Professorinnen sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Studierenden, Forschung und Gesellschaft. Sie bilden nicht nur den akademischen Nachwuchs aus, sondern forschen, begleiten Projekte in der Praxis und bringen ihr Wissen aktiv unter anderem in die Wirtschaft ein. Damit gestalten sie Zukunftsthemen mit, übernehmen Verantwortung in der Region und wirken als Impulsgeberinnen über die Grenzen des Campus' hinaus. Wer sich dafür interessiert, findet auf www.hs-coburg.de weitere Informationen über den Beruf der Hochschul-Professorin.

Um Professorin oder Professor zu werden, braucht es einen Doktortitel oder promotionsadäquate Leistung sowie fünf Jahre Berufserfahrung, davon mindestens drei außerhalb des Hochschulbereichs. Berufene profitieren von Verbeamung auf Lebenszeit, wissenschaftlicher Freiheit und einem Beruf mit nachhaltigem Einfluss – von Technologie und Medizin bis hin zu Sozialwesen und Kultur. Auch Prof. Dr. Almut Lott-



Almut Lottmann-Löer ist Professorin an der HS Coburg und mag unter anderem die Selbstbestimmtheit innerhalb ihres Berufes.

Foto: DJD/Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg

mann-Löer, Leiterin des Studiengangs Bauingenieurwesen und stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte an der Hochschule Coburg, schätzt die guten Rahmenbedingungen. Besonders die moderne technische Ausstattung und die persönliche Atmosphäre sieht sie als eine große Stärke der Hochschule Coburg. „Die ständige Erweiterung des Wissens und der Kenntnisse reizt mich sehr. Zudem mag ich die große Selbstbestimmtheit hier an der Hochschule, wenn ich

zum Beispiel ein neues Lehrkonzept ausprobieren möchte.“ Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, mobiles Arbeiten und gezielte Förderung von Frauen unterstreichen den Anspruch der Hochschule, eine moderne Arbeitgeberin zu sein. Davon profitiert auch Prof. Dr. Antje Kick, Professorin für Change Management und gleichzeitig Mutter eines Sohnes. „Für mich ist die Professorin ein großes Privileg“, so Kick, „denn sie erlaubt es mir, in-

halblich anspruchsvoll zu arbeiten, mit jungen Menschen im Austausch zu sein und gleichzeitig für meine Familie da zu sein. Die Vereinbarkeit gelingt durch gute Organisation, ein unterstützendes Umfeld und klare Prioritäten.“ So zeigt sich eine Professorin als Beruf mit Freiheiten und Verantwortung – attraktiv für alle, die ihre Expertise an kommenden Generationen weitergeben und trotzdem noch Zeit für ihr Familienleben haben möchten.

Industrie und Verwaltung werben um Nachwuchs

Hermsdorf/Eisenberg. (FS) Diese Berufe sind für den Werkzeug- und Formenbau von zentraler Bedeutung. Die geforderten Kenntnisse in der CAM-Modellierung verdeutlichen, dass auch in einer traditionsreichen Branche wie der Keramikindustrie digitale Fertigungsketten mit CAD- und CAM-Systemen längst zum Standard gehören.

In Hermsdorf bildet die Tridelta einen industriellen Ankerpunkt der Region. Das Unternehmen aus dem Bereich der industriellen Keramik sucht aktuell unter anderem CNC-Pro grammierer, CAM-Modellierer und Werkzeugmechaniker.

Parallel dazu investiert Tridelta gezielt in die eigene Ausbildung. Angeboten werden unter anderem Ausbildungsplätze zum Mechatroniker sowie zum Werkzeugmechaniker. Die Kombination aus mechanischem und elektronischem Know-how ist insbesondere

für die Wartung und den Betrieb der komplexen Pressen und Sinteröfen am Standort Hermsdorf unverzichtbar. Ergänzt wird das Stellenangebot durch die Suche nach einem Vertriebsmitarbeiter, was auf eine aktive Marktbearbeitung und eine technisch fundierte Kundenberatung hindeutet. Auch der öffentliche Dienst bereitet sich auf personelle Veränderungen vor. Das Landratsamt Saale-Holzland-Kreis reagiert auf die absehbare demografische Entwicklung mit einem umfangreichen Ausbildungsangebot. Für den Ausbildungsstart am 1. August 2026 werden unter anderem

260 Berufsbildern, darunter etwa 200 duale oder schulische Ausbildungsberufe sowie rund 50 duale Studiengänge. Die große Bandbreite verdeutlicht nicht nur die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten, sondern auch den zunehmenden Wettbewerb der Arbeitgeber um qualifizierte Nachwuchskräfte in der Region.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Orientierung und Information. Der Berufs-Info-Markt versteht sich bewusst nicht als klassische Jobbörsen,

sondern als Plattform, auf der Tätigkeitsfelder, Anforderungen und Entwicklungspers-

pektiven praxisnah vorgestellt werden.

Über den medizinischen Kernbereich hinaus zeigt sich das Klinikum als vielseitiger Arbeitgeber. Gesucht werden Verwaltungsmitarbeiter, für die eine Bewerbungsfrist bis zum 20. Februar 2026 gilt,

ebenso wie Beschäftigte für die Cafeteria sowie Service- und Wartungstechniker für die Gebäudetechnik sensibler Klinikbereiche.

Diese Bandbreite verdeutlicht, dass das Universitätsklinikum in seiner Struktur einer „Stadt in der Stadt“ gleicht, in der unterschiedlichste Berufsgruppen zusammenwirken.

Darüber hinaus investiert das UKJ in den akademischen Nachwuchs. Im Bereich der Allgemeinmedizin werden wissenschaftliche Mitarbeiter und Doktoranden für Forschungsprojekte wie „Ko-Wiss“ gesucht.

Damit unterstreicht der Standort seine Bedeutung nicht nur in der Patientenversorgung, sondern auch in Lehre und Forschung.

Fachkräfte gefragt trotz winterlicher Eintrübung

Jena. (FS) Der Arbeitsmarkt in Jena und im Saale-Holzland-Kreis zeigt sich zum Jahresbeginn 2026 widersprüchlich. Einerseits ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar gestie-

gen, andererseits bleibt der Bedarf an qualifizierten Fachkräften hoch. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im Bezirk Thüringen Mitte, zu dem Jena, Weimar

und der Saale-Holzland-Kreis offen, zuletzt rund 4.200 Stellen gemeldet. In der Stadt Jena konzentriert sich der Stellenbedarf weiterhin stark auf den Hochtechnologiebereich. Unternehmen aus den Branchen Optik, Photonik, Medizintechnik und IT suchen sowohl Facharbeiter als auch hochqualifizierte Spezialisten. Besonders auffällig ist die parallel hohe Nachfrage nach Auszubildenden und akademisch ausgebildeten Kräften.

Technisches Verständnis, digitale Kompetenzen und Bereitschaft zur Weiterbildung gelten als zentrale Zugangs voraussetzungen. Auch der Saale-Holzland-Kreis bleibt ein wichtiger industrieller Standort. Rund um das Hermsdorfer Kreuz prägen Betriebe aus der technischen Keramik, Mikroelektronik und industriellen Fertigung den Arbeitsmarkt. Gesucht werden unter anderem Maschinen-

und Anlagenführer, CNC-Fachge häften, zuletzt rund 4.200 Kräfte sowie Mitarbeiter in der Produktionsplanung und Qualitätssicherung. Gleichzeitig gewinnen IT-nahe Tätigkeiten auch in klassischen Industrie betrieben an Bedeutung. Ein Schwerpunkt der kommenden Wochen liegt auf der Berufsorientierung. Im März stehen mehrere Informations- und Jobmessen an, darunter der Berufs-Info-Markt in Jena sowie regionale Jobbörsen im Landkreis. Sie bieten Schulab gängern, Quereinsteigern und Arbeitssuchenden die Möglichkeit, direkt mit Arbeitgebern ins Gespräch zu kommen und sich über Ausbildungss und Beschäftigungschancen zu informieren.

Trotz der saisonalen Eintrübung bleibt der Arbeitsmarkt in Jena und dem Saale-Holzland-Kreis insgesamt aufnahmefähig. Entscheidend ist,

dass Qualifikationen und Stellenprofile zueinanderpassen.

Unternehmen in Jena und im Saale-Holzland-Kreis suchen trotz saisonal steigender Arbeitslosigkeit weiterhin qualifizierte Fachkräfte in Industrie, Technik und IT. Foto: Pixabay

Universitätsklinikum Jena sucht Fachkräfte auf breiter Ebene

Jena. (FS) Das Universitätsklinikum Jena zählt nicht nur zu den größten Arbeitgebern der Stadt, sondern weist zugleich einen der vielfältigsten Personalbedarfe auf. Die aktuellen Stellenausschreibungen für Februar 2026 spiegeln den anhaltenden Druck im Gesundheitswesen ebenso wider wie die Komplexität eines modernen Maximalversorgers.

Besonders hoch ist der Bedarf im Bereich der spezialisierten Pflege. Gesucht werden unter anderem Pflegefachkräfte für die Pädiatrische Intensivpflege und die Neonatologie sowie für die Stroke Unit und die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Diese Einsatzfelder erfordern umfangreiche Zusatzqualifikationen und gelten bundesweit als stark umkämpft. Entsprechend groß ist die Herausforderung, geeignete Fachpersonal zu gewinnen und langfristig zu binden. Auch im Bereich der medizinischen Technologie bildet das Klinikum aus. Aktuell wird unter anderem die Ausbildung zur Medizinischen Technologie für Radiologie angeboten. Damit steht das UKJ in direkter Konkurrenz zur Industrie, die ebenfalls um technisch versierte Schulabgänger wirbt.

Über den medizinischen Kernbereich hinaus zeigt sich das Klinikum als vielseitiger Arbeitgeber. Gesucht werden Verwaltungsmitarbeiter, für die eine Bewerbungsfrist bis zum 20. Februar 2026 gilt, ebenso wie Beschäftigte für die Cafeteria sowie Service- und Wartungstechniker für die Gebäudetechnik sensibler Klinikbereiche. Diese Bandbreite verdeutlicht, dass das Universitätsklinikum in seiner Struktur einer „Stadt in der Stadt“ gleicht, in der unterschiedlichste Berufsgruppen zusammenwirken.

Darüber hinaus investiert das UKJ in den akademischen Nachwuchs. Im Bereich der Allgemeinmedizin werden wissenschaftliche Mitarbeiter und Doktoranden für Forschungsprojekte wie „Ko-Wiss“ gesucht.

Damit unterstreicht der Standort seine Bedeutung nicht nur in der Patientenversorgung, sondern auch in Lehre und Forschung.



Wir suchen einen engagierten Telefonisten m/w/d

für den direkten Kontakt zu unseren Kunden. Quereinsteiger jeden Alters willkommen.

Sie haben Freude am Telefonieren und sind kommunikationsstark? Dann bereichern Sie gern unser Team.

Wir bieten Ihnen einen Voll- oder Teilzeit-Arbeitsplatz (auch auf Minijob-Basis möglich) bei der BÜRGERZEIT aktuell in Schleiz oder in Ihrem Homeoffice.

Interessiert? Dann bewerben Sie sich noch heute:

wgv Schleiz GmbH

Herr Grimm, Geraer Straße 12, 07907 Schleiz

w.grimme@wgvschleiz.de

Berufs-Info-Markt XXL

Jena. (FS) Der Berufs-Info-Markt ist seit mehr als drei Jahrzehnten eine feste Größe der Berufsorientierung in Jena und im Saale-Holzland-Kreis.

Als technologische Neuerung kommt in diesem Jahr erneut der digitale Messeführer „berufeMAP“ zum Einsatz. Am Samstag, 14. März 2026, öffnet der 31. Berufs-Info-Markt XXL von 10 bis 16 Uhr im Volkshaus Jena am Carl-Zeiß-Platz 15 seine Türen für Besucher. Mit insgesamt 101 Messeständen erreicht die Messe im Jahr 2026 eine beachtliche Dimension. Unternehmen, Organisationen und Bildungseinrichtungen beraten zu rund 260 Berufsbildern, darunter etwa 200 duale oder schulische Ausbildungsberufe sowie rund 50 duale Studiengänge. Die große Bandbreite verdeutlicht nicht nur die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten, sondern auch den zunehmenden Wettbewerb der Arbeitgeber um qualifizierte Nachwuchskräfte in der Region.

Die Zielgruppe des Berufs-Info-Marktes ist breit gefasst. Neben Schülerinnen und Schülern richtet sich das Angebot ausdrücklich auch an Eltern und Quereinsteiger. Durch die Beteiligung von Kammern wie IHK und HWK sowie von Hochschulen wird die gesamte Bildungskette von der Ausbildung bis zum akademischen Abschluss abgebildet.

Veranstalter ist der Arbeitskreis Schule-Wirtschaft Jena/Saale-Holzland-Kreis, der mit dem Berufs-Info-Markt die enge Zusammenarbeit von Bildungssektor und regionaler Wirtschaft sichtbar macht.



Wir, die wgv Schleiz GmbH sind ein inhabergeführtes Familien-Unternehmen und Herausgeber der „BÜRGERZEIT aktuell“. Damit erreichen wir in Ostthüringen und im Vogtland monatlich über 200.000 Haushalte in der Region zwischen Königsee und Plauen, zwischen Greiz und Pößneck.

Wir suchen Verkaufstalente (m/w/d) – werden Sie Teil des BÜRGERZEIT aktuell Teams!

Sie beraten und verkaufen gern und können Ihre Kunden und sich begeistern? Sie sorgen für den guten Eindruck, sind schlagfertig, kontaktfreudig und abschlussstark?

Was Sie erwarten:

- Festanstellung, Handelsvertreter oder Minijob möglich
- Festes Monatsgehalt zuzüglich Prämien und umsatzorientierten Zuschlägen
- Im Markt eingeführte Produkte (BÜRGERZEIT aktuell, Kalender, Broschüren)
- Ein umfangreicher, zu übernehmender Kundenstamm
- Festanstellung in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis mit Arbeitsort Schleiz oder in Ihrem Homeoffice
- Ein sympathisches und aufgeschlossenes Team, flache Hierarchien
- Vermögenswirksame Leistungen

Interessiert? Dann melden Sie sich – unkompliziert und schnell: per Mail: w.grimme@wgvschleiz.de

In die Postmappe geschaut

70 Milliarden Euro für das Bürgergeld Krankenkassen verklagen Deutschland

Von Hans-Jürgen Irmer

(red). 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger, darunter weit mehr als die Hälfte mit ausländischem Pass, addiert man die mit Migrationsgeschichte hinzu, dürfte der Anteil vermutlich bei mindestens 70 Prozent liegen, kosten den Steuerzahler offiziell ca. rund 50 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind die Zahlungen der Regelsätze und Sozialbeiträge, das ist die Übernahme der Wohn- und Heizkosten sowie eine Beteiligung der Kommunen an den Unter-kunftsosten.

Was in diesen Zahlen nicht enthalten ist, sind die Krankenkassenkosten für Bürgergeldempfänger, die nach Angaben der Krankenkassen bei etwa 10 Milliarden Euro liegen. Wenn man dann noch addiert, dass die Jobcenter der Bundesanstalt für Arbeit rund 9 Milliarden Euro erhalten, um Bürgergeldempfänger in die Arbeit zu vermitteln, liegt man bei sehr realisti-

schen 70 Milliarden Euro. Mehrheit sucht keinen Job. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung gaben 57 Prozent der Befragten an, im zurückliegenden Monat nicht nach einem neuen Job gesucht zu haben. Immerhin 25,5 Prozent waren so ehrlich, zu sagen, dass sich ihre finanzielle Lage durch die Jobsuche nicht verbessern werde. Mit anderen Worten, ein Teil der Bürgergeldempfänger richtet sich zu Lasten der fleißigen Arbeitnehmer, Angestellten, Unternehmer, Freiberuflern, die jeden Tag hart arbeiten, zu hohe Steuern zahlen müssen und einen hohen persönlichen Einsatz fahren vergleichsweise sehr bequem ein.

Dankenswerterweise, sonst wäre der Staat am Ende. Politik muss handeln SPD blockt

Vor diesem Hintergrund ist es völlig zutreffend, dass die Politik auf der Bundesebene versucht, denjenigen finanzielle Schrauben anzulegen, die sich

der Arbeit verweigern. Wieso müssen Deutschland eigentlich hunderttausende Afghanen, hunderttausende Syrer, hunderttausende Ukrainer, Hunderttausende aus den Maghreb-Staaten... fi-nan-zieren? Mit welchem Recht wird in letzter Konsequenz dafür Geld ausgegeben, und auf der anderen Seite fehlt das Geld für Pflegebedürftige, deren Eigenanteil an den Pflegekosten immer mehr steigt, obwohl sie in aller Regel ihr Leben lang hart gearbeitet haben.

Krankenkassen machen mobil Wieso müssen die gesetzlich Versicherten über ihre Beiträge, und auch die Arbeitgeber anteilig, 10 Milliarden Euro deshalb zahlen, weil der staatliche Zuschuss an die Krankenkassen für die Bürgergeldempfänger mit ca. 130 Euro pro Monat deutlich zu niedrig ist? Es sind genau diese Leistungen, die die Krankenkassenbeiträge in den letzten

Jahren steigen ließen. Deshalb haben die Kassen durch den Spitzerverband der Gesetzlichen Krankenkassen und der andauern-den Unterfinanzierung eingereicht. Nach dem Auffassung decken die dafür Geld ausgegebenen, und staatlichen Leistungen nur ein Drittel der tatsächlichen Kosten. Ein Thema, das seit Jahren allen Bundesregierungen bekannt ist. Die jetzige Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hatte den Krankenkassen, so berichtete es die „Neue Zürcher Zeitung“, die Übernahme der Gesundheitskosten für die Empfänger von Sozialleistungen versprochen. Im neuen Bundeshaushalt sind dafür SPD belastet lieber Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Man mag sich an die leeren Versprechungen des ehemaligen Bundesarbeitsministers Hubertus Heil (SPD) gar nicht mehr erinnern, was mit dieser Bürgergeldreform, die Hartz 4 abgelöst hat, alles Großartiges bewirkt werden soll. Von mehr Vermittlung in den Job, weniger Kosten und anderem mehr, alles Märchen. Eigentlich müsste sich die SPD als selbsternannte Partei der Arbeitnehmer ernstlich darum bemühen, die Sozialkostenbeiträge der Arbeitnehmer zu reduzieren, indem diese von den versicherungsfremden Leistungen beseitigt werden. Das geht nur, wenn entsprechender Druck auf arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger ausgeübt wird. Um nicht missverstanden zu werden, wenn jemand unverschuldet in Not gerät, hat er die Solidarität dieser Gesellschaft verdient. Wer sich aber verweigert, hat zumindest nach meinem Verständnis keinerlei Anspruch auf irgendeine Form staatlicher Leistung.

Die heutige Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) hat nicht nur beim Rentengesetz

getrickst. Sie versucht auch eine Politik der offenen Grenzen grundfalsch. Sie geht zu Lasten Deutschlands. Und wenn die Union sich in dieser Frage nicht knallhart gegen den kleinen Juniorpartner auf Bundesebene durchsetzt, wird das Vertrauen in die Union weiter schwinden, so wie das Vertrauen der Bürger in den letzten wenigen Jahren dramatisch geschwunden ist. Vertrauensverlust

Nach einer aktuellen Allensbach-Studie vertrauen nur noch 28 Prozent der Deutschen der Bundesregierung. Den Medien vertrauen nur noch 22 Prozent. Das sollte den rot-grünen Mainstream-Medien einmal zu denken geben. Den Parteien vertrauen nur noch 17 Prozent. Das kann und darf niemanden ruhig lassen, denn damit einhergehend erodiert das Vertrauen in die Demokratie, und die Demokratie ist ohne Wenn und Aber die beste aller denkbaren Staatsformen.

Beilagenwerbung punktgenau mit Alleinstellungsmerkmal Zustellung mit der Deutschen Post AG

**Suchen Sie sich
Ihr Wunsch-
zustellgebiet
ohne weitere
Nebenkosten aus!**

BÜRGERZEIT aktuell

Ausgabe Plauen-Oelsnitz-Mühlroff-Pausa-Elsterberg
Zustellung mit der Deutschen Post

PLZ	Ort	Ortsteil	Anz. HH	Tz	PLZ_ZSP	ZSP Zustellstützpunkt		Auswahl
						Zeulenroda	Greiz	
07919	Pausa-Mühlroff	Langenbach	150	8	07907			
07919	Pausa-Mühlroff	Mühlroff	575	8	07907	Schleiz		
07952	Pausa-Mühlroff	Ebersgrün	127	8	07937	Zeulenroda		
07952	Pausa-Mühlroff	Linda	27	8	07937	Zeulenroda		
07952	Pausa-Mühlroff	Pausa	1159	8	07937	Zeulenroda		
07952	Pausa-Mühlroff	Ransbach	103	8	07937	Zeulenroda		
07952	Pausa-Mühlroff	Thierbach	110	8	07937	Zeulenroda		
07952	Pausa-Mühlroff	Untereichenau	52	8	07937	Zeulenroda		
07952	Pausa-Mühlroff	Wallendorf	38	8	07937	Zeulenroda		
07985	Greiz	Cossebaud	185	8	07937	Zeulenroda		
07985	Elsterberg	Schönbach	71	8	07937	Zeulenroda		
07985	Elsterberg	Coschütz	242	8	07973	Greiz		
07985	Elsterberg	Cunsdorf	56	8	07973	Greiz		
07985	Elsterberg	Görschnitz	1275	8	07973	Greiz		
07985	Elsterberg	Kleingera	115	8	07973	Greiz		
07985	Elsterberg	Loca	170	8	07973	Greiz		
07985	Elsterberg	Noßwitz	48	8	07973	Greiz		
08239	Falkenstein/Vogtl.	Schöna	64	8	07973	Greiz		
08496	Newark	Trieb	34	8	07973	Greiz		
08523	Plauen	Neumark	259	8	07973	Greiz		
08523	Plauen	Chrischwitz	884	8	08209	Auerbach		
08523	Plauen	Hammervorstadt	4	A	08468	Reichenbach		
08523	Plauen	Pössig	294	A	08525	Plauen		
08523	Plauen	Stadtmitte	15	A	08525	Plauen		
08523	Plauen	Südvorstadt	4684	A	08525	Plauen		
08525	Plauen	Thiergarten	9	A	08525	Plauen		
08525	Plauen	Westend	14	A	08525	Plauen		
08525	Plauen	Hämmerle	3800	A	08525	Plauen		
08525	Plauen	Haselbrunn	146	A	08525	Plauen		
08525	Plauen	Kauschwitz	2570	A	08525	Plauen		
08525	Plauen	Preißelpöhl	360	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Reißig	1863	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Stadtmitte	526	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Brand	1665	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Hämmerle	33	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Linde	28	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Melbach	10	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Mennigsdorf	56	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Neukirchen	628	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Neukirchen	187	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Neukirchen	186	A	08525	Plauen		
08527	Plauen	Neukirchen	346	A	08525	Plauen		

Fragen Sie uns! **wgv Schleiz GmbH**

Geraer Straße 12 · 07907 Schleiz · Tel. 03663.4067582 oder per Mail: w.grimme@wgvschleiz.de



Sehen Sie hierzu
die Rede im
Sonderplenum zur
Ministeraffäre



Neues vom roten Lügenbaron

Hat wegen fortgesetzten Amtsmissbrauchs einen schlechten Leumund: Thüringens Innenminister Georg Maier.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine geht nun schon ins vierte Jahr – und noch ist kein Ende in Sicht. Statt diplomatische Initiativen zu starten, dient sich die Berliner Regierungskoalition weiterhin der Rüstungsindustrie an – dem einzigen Wirtschaftszweig in Deutschland, der in der Krise nicht wackelt, sondern im Gegenteil einen großen Aufschwung erlebt. In diesen Krisenzeiten hat die Debattenkultur einen neuen Tiefpunkt erreicht: Nach »Klima« und »Coronaleugnern« ist der »Putinfreund« zum neuen Feindbild avanciert. Also ein Mensch, der Sachlichkeit und Friedensliebe über ein moralisierend-simples Freund-Feind-Schema stellt.

In Thüringen bildet vor allem Innenminister Georg Maier die Speerspitze dieses »Schwarz-

Weiß-Denkens«. Auf seinem pseudoreligiösen Kreuzzug gegen die Thüringer AfD – und nicht zuletzt auch gegen meine Person – steigerte sich Maier kürzlich in eine Spionagefantasie hinein, die nur noch als irrational und von persönlichem Hass geleitet interpretiert werden kann: In ihren Anfragen an sein Ministerium arbeite

Maier aus seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit bekannt sein dürfte –, sondern es steht seiner Behörde auch vollkommen frei, eine Antwort zu verweigern, sollte es Bedenken bezüglich der inneren Sicherheit geben.

Auch wenn vereinzelte Akteure der etablierten Politik die Behauptungen des Thüringer

»Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.«

— Thomas Jefferson —

die AfD eine »Auftragsliste des Kremls« ab, so Maiers wüste Mutmaßung. Nun sind diese Anfragen zu aktuellen Themen nicht nur Teil der legitimen Oppositionsarbeit – was Georg

Kollegen im Bund hüllten sich in Schweigen. Zwar war es ihm erwartungsgemäß gelungen, die Aufmerksamkeit der Medien zu erringen, einen Beweis allerdings blieb er schuldig. Inzwischen wurden die Aussagen Maiers in einem Gerichtsurteil als »unbeliegte Tatsachenbehauptungen« abgekanzelt. Die Richter am Landgericht haben Maier eine verdiente Ohrfeige erteilt und uns empfohlen, gegen ihn Anzeige zu erstatten. Weiser machte dies Georg Maier indes nicht – so gleich verstieg er sich in die irrite Annahme, die AfD plane die »Deportation deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund«, was von uns nie gefordert wurde.

Der Thüringer Innenminister mag zwar in seinem Auftreten auch über das heute übliche Maß ideologisch verbündet sein – er ist damit jedoch ein anschauliches Beispiel dafür, wie sehr überschäumende Emotionen, ein Mangel an pragmatischer Sachlichkeit und eine bedarfsgleitete Scheinmoral die Politik Deutschlands prägen.

»Wenn es den Kaiser juckt, so müssen sich die Völker kratzen«, sagte einst Heinrich Heine, der damals schon erkannt hatte, wie die Launen der Mächtigen die Bevölkerung ins Unglück reißen können.

Ausblick 2026

Das Jahr bringt große Herausforderungen: Wegen des undiplomatischen Agierens von Merz & Co. steigt die Kriegsgefahr weiter – die AfD hält als Friedenskraft dagegen. Die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht beschäftigt ganz Deutschland – die anstehenden Musterungen junger Männer lassen einen künftigen Einsatz in fremden Kriegen befürchten. Auch aus Thüringen wird die westliche Staatsschuldenkrise befeuert: Die Brombeer-Regierung belastet unseren Freistaat mit einer historischen Neuverschuldung. Für die aufgenommenen Schulden werden unsere Kinder und Enkel bezahlen müssen. Wenn wir regieren, werden wir das Prinzip der Generationengerechtigkeit durchsetzen – versprochen! In Thüringen ist die AfD in Richtung absoluter Mehrheit unterwegs. Die Wähler sehnen sich nach einer wirklichen Alternative zu den ununterscheidbar gewordenen Altparteien. Sie wollen echte Demokratie statt Meinungsunterdrückung!



Björn Höcke

Kommentar von Björn Höcke

DER ABSTURZ

- Verfassungsschutz-Chef Kramer verurteilt
- Gericht rügt Innenminister Maier
- Gewerkschaftsräume der Polizei durchsucht

Das zurückliegende Jahr war geprägt durch die Skandale des Thüringer Innenministeriums. Die SPD befindet sich in den Umfragen im Sinkflug. Wann wird Georg Maier endlich entlassen?



Sehen Sie hierzu
die Plenarrede
von Björn Höcke



Auch unser kleines Thüringen lässt sich von der Berliner Politik bereitwillig in die große Weltpolitik hineinziehen. Denn was die Bundesregierung – aktuell unter Friedrich Merz – in der Außenpolitik anrichtet, dem eifern die Landesregierungen unbirrt nach. Um im Freistaat an der Machtausübung beteiligt zu sein, ignorierte die Spitzenkandidatin des BSW, Katja Wolf, sogar die kriegskeptische Linie ihrer Bundespartei, so wie vorher der linke Ministerpräsident Ramelow: Nur zu gut erinnere ich mich daran, wie dieser zu Beginn des Konfliktes lautstark gegenüber der »Thüringer Allgemeinen« einforderte, »man müsse eskalieren, bevor Putin eskaliert«. Ausgerechnet die traditionelle Thüringer Glasindustrie würde der Kriegsbegeisterung zum Opfer fallen – das begriff Ramelow erst, als ihn wegen der 8.000 gefährdeten Arbeitsplätze harte Kritik traf. Sein Hilferuf an den damaligen Wirtschaftsminister Habeck erfolgte viel zu spät – und Habeck ließ Thüringen eiskalt hängen. Ein Stück Thüringer Geschichte starb.

Denn zum Betrieb der Schmelzwannen ist vor allem eins in großen Mengen notwendig: Erdgas. Das sollte es nach dem Willen der Berliner Politik aber nicht mehr günstig aus Russ-

land geben, sondern von nun an kostspielig als Flüssiggas aus den USA herangeschafft werden. Anstatt sich für den Thüringer Mittelstand starkzumachen, gab Ramelow den lautstarken Außenpolitiker und ruderte erst zurück, als ein Proteststurm über

Machen wir uns bewusst: Wenn in den Medien von Hunderten Arbeitsstellen die Rede ist, welche im Zuge einer Krise abgebaut werden, dann sind das nicht nur Zahlen. So empathielos können es nur kriegsbegeisterte Ideologen betrachten. Vielmehr stehen

nationalsozialisten verbrannten seine Schriften, weil diese von den Schrecken des Krieges berichten und daher »schädlich« seien. Noch bis vor wenigen Jahren hätte sich wohl kaum jemand vorstellen können, wie sehr sich Deutschland noch einmal von Kriegspropaganda mitreißen lassen würde, nur weil die Verantwortlichen glauben, diesmal auf der »richtigen Seite« der Geschichte zu stehen. Es werden dabei alle Register gezogen, die sich schon in der Vergangenheit bewährt haben, um jegliche Kritik zum Schweigen zu bringen, von der Dämonisierung des Gegners bis hin zur Diffamierung der Kritiker als »Vaterlandsverräter«. Es ist eine Wortwahl aus der Mottenkiste jener Vergangenheit, welche man doch vollmundig zu bekämpfen vorgibt.

Junge Menschen, denen es nach Vorgabe linker Ideologen nicht gestattet war, eine positive Bindung zu Deutschland und seiner Kultur aufzubauen, sollen plötzlich im Interesse Dritter zum Wehrdienst eingezogen werden, vorgeblich zur »Landesverteidigung«. Dahinter muss der Gedanke um die Gründung einer Familie und auch die berufliche Zukunft zurückstehen.

Völkerverständigung jedoch wird aus Pragmatismus und Vernunft geboren – und aus jenem Handel, den wir im Interesse

Deutschlands und Thüringens wieder aufnehmen müssen. Damit im Freistaat endlich wieder ein wirtschaftlicher Aufschwung entsteht, der die Zukunft sichert. Das sollte unser politisches Handeln im neuen Jahr bestimmen – auch wenn unser Beitrag aus der Landespolitik dabei nur bescheiden sein kann. Es geht um die junge Generation, die nicht dem Krieg geopfert werden darf, und darum, für alle Bürger des Freistaats eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Unsere Hoffnung, aus Thüringen heraus etwas in die richtige Richtung bewegen zu können, dürfen wir uns nicht nehmen lassen!

Björn Höcke



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 650.000 Stück



Sämtliche
Social-Media-Kanäle
finden Sie unter:

► <https://afd-thl.de/social>



**»Ich dachte immer,
jeder Mensch sei
gegen den Krieg,
bis ich herausfand,
dass es welche gibt,
die dafür sind,
besonders die,
die nicht hingehen
müssen.«**

— Erich Maria Remarque —

ihn hereinschwachte. Doch es war bereits zu spät. Auch das von Ramelow vollmundig angekündigte Forschungsprogramm zur Umstellung auf elektrische Wannen ist bislang nicht umgesetzt: Die jetzt in der Erprobungsphase stehenden Hybridwannen sind in der Anschaffung viel zu teuer, um eine Lösung für kleinere und mittlere Unternehmen zu bieten. Produktionen werden ins Ausland verlegt, Arbeitslosigkeit droht.

dahinter die Schicksale und die Zukunft Tausender Thüringer Familien, die von niemandem gefragt wurden, ob sie die Kriegsbegeisterung in Bund und Land mittragen wollen. »Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.« Noch ein treffendes Zitat, diesmal eines des deutschen Schriftstellers Erich Maria Remarque. Die Na-



Der CO₂-Hammer: Armut mit Ansage

Für Familie Neumann aus einem kleinen Ort bei Weimar beginnt das Jahr 2026 mit einem Gefühl, das viele Menschen im Freistaat teilen: dem leisen Kampf zwischen Hoffnung und wachsender Angst. Vater Martin arbeitet im Maschinenbau, Anne in einer Kita, während die Zwillinge im Nachbardorf zur Schule gehen. Urlaube, kleine Träume und ein Stück Unbeschwertheit sind längst verloren. Mit der neuen CO₂-Bepreisung zieht nun ein weiterer Schatten über das ohnehin enge Haushaltsbudget.

Ab 2026 wird Energie teurer, weil Emissionszertifikate verstiegt werden und der Preis nicht mehr planbar ist. In einer Zeit, in der Gas durch die EU-Sanktionen gegen Russland ohnehin massiv verteuert wurde, fühlen

sich Menschen wie die Neumanns dieser Entwicklung ausgeliefert – als könnten sie nur noch zusehen, wie die Rechnungen Monat für Monat steigen. Ihr unsaniertes Haus aus DDR-Zeiten verliert im Winter viel Wärme. Jeder zusätzliche Euro für Gas schmerzt. 30 bis 50 Euro mehr im Monat: Für manche kaum spürbar, für die Neumanns ein tiefer Einschnitt. Wenn abends das Haushaltbuch geöffnet wird, friert nicht nur das Haus – es friert auch die Zuversicht.

Auch auf Martins Arbeitsweg wird die Luft dünner. Sein alter Kombi ist unverzichtbar, denn öffentlicher Nahverkehr ist unzuverlässig und nicht auf Schichtzeiten abgestimmt. Jeder Cent mehr an der Zapfsäule lastet schwer. Im Supermarkt in

Apolda setzen sich die Sorgen fort: Brot, Fleisch, Gemüse – fast alles wird teurer. Dinge, die viele inzwischen seltener kaufen, nicht aus Verzicht, sondern aus Not.

Hinzu kommt die Angst um den Arbeitsplatz. Steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Verlagerungspläne verunsichern viele. Für Martin Neumann sind das keine Statistiken, sondern die reale Sorge, den Boden unter den Füßen zu verlieren.

Währenddessen feiert sich die Brombeerkoalition im Thüringer Landtag für ihren Haushalt. Geld für Migranten und ideologische Projekte ist da, Initiativen zur Entlastung der eigenen Bevölkerung werden abgelehnt. Viele blicken nun auf 2029. Dann wird neu gewählt. Dann gibt es die Chance zur Abrech-

nung. Martin Neumann sagt offen:

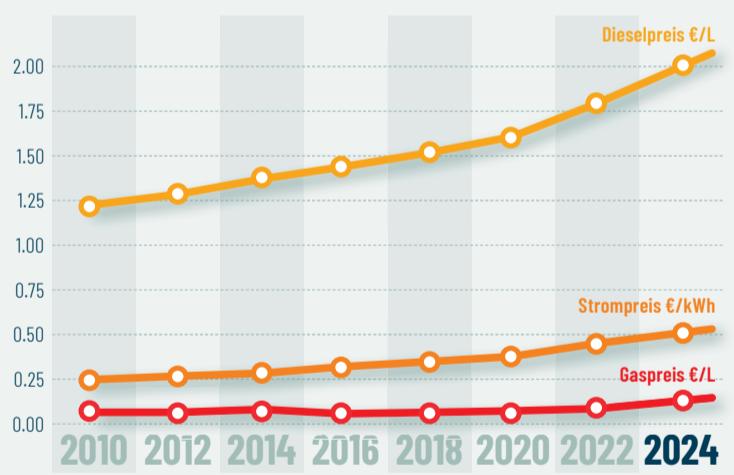
»Ich wähle den Höcke und die AfD. Für uns hier ist das die letzte Chance. Sonst geht bald das Licht aus.«

Die Energiewende hat großen Schaden angerichtet. Die CO₂-

Bepreisung trifft Familien und Betriebe zugleich – jene, die einfach nur leben und arbeiten wollen. Familie Neumann bleibt die Hoffnung, dass diese Lasten nicht für immer bleiben – und Thüringen wieder durchatmen kann.

Energiepreisexplosion der letzten 15 Jahre

Ab Januar 2026 verteutert die neue CO₂-Bepreisung alle fossilen Energieträger spürbar. Der Strompreis stieg bereits von 24,1 (2010) auf 30,8 ct/kWh (2020). Gas verteuerte sich bis 2025 auf bis zu 12,1 ct/kWh. Diesel kletterte von 1,21 € (2010) auf 1,63 € (2025). Für einen 4-Personen-Haushalt bedeutet das 300 bis 600 € Mehrkosten pro Jahr – je nach Verbrauch und Wärmebedarf.



(Quelle ADAC, tradingeconomics, Statistisches Bundesamt)

Deindustrialisierung in Thüringen

Die Deindustrialisierung Thüringens ist längst keine abstrakte Gefahr mehr, sondern in den Werkshallen des Freistaats Realität. Immer mehr Betriebe geraten ins Wanken, weil die Produktionskosten schneller steigen als die Erträge. Vor allem die Energiepreise treiben Unternehmen an die Belastungsgrenze. Deutschland hat inzwischen die höchsten Industriestrompreise Europas – verursacht durch Netzentgelte, Abgaben, Stromsteuern und die national eingeführte CO₂-Bepreisung. Diese wurde ab 2019 unter Angela Merkel beschlossen und später durch die Ampelregierung weiter erhöht. Zusätzlich verteuern die EU-Sanktionen gegen Russland die

Gaspreise, was energieintensive Industrien besonders hart trifft. In Thüringen zeigen konkrete Beispiele, wie ernst die Lage ist. Beim Automobilzulieferer Neumayer Tekfor in Schmölln stehen rund 380 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Offiziell ist von »wirtschaftlichen Schwierigkeiten« die Rede, tatsächlich belasten explodierende Energiepreise, steigender CO₂-Druck und internationale Konkurrenz, die deutlich günstiger produziert. Auch ContiTech begründet geplante Verlagerungen mit massivem Kostendruck. Tätigkeiten sollen ins Ausland gehen, weil die Produktion in Deutschland und gerade an Thüringer Standorten zu teuer geworden ist. Der Leichtmetallgießer

AE Group in Gerstungen musste nach jahrelangem Ringen Ende 2025 endgültig schließen. Selbst Hochtechnologiebetriebe wie Schott in Jena haben Teile ihrer Fertigung ins Ausland verlagert. Die Zukunft des Musashi-Werks in Leinefelde bleibt ebenfalls ungewiss: Die Zerspanung wurde bereits geschlossen, Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze gehen verloren. Diese Fälle ergeben ein bedrohliches Gesamtbild. Schließt ein Unternehmen oder wandert ab, trifft das nicht nur die Belegschaft, sondern ganze Wertschöpfungsketten. Zulieferer, Logistik, Handwerk und Dienstleister hängen unmittelbar an diesen Betrieben. Jede Verlagerung reißt Lücken in

komunale Haushalte und das soziale Gefüge ganzer Regionen. Thüringen droht zum Brennpunkt einer Deindustrialisierung zu werden, die sich bundesweit abzeichnet. Die Ursachen sind offensichtlich: politisch verteuerte Energie, hohe Abgaben, regulatorische Lasten und Bürokratie. Während andere Länder Energie absichern oder subventionieren, werden deutsche Betriebe weiter belastet. Die Thüringer Brombeerkoalition schaut dieser Entwicklung weitgehend tatenlos zu – konkrete Entlastungsinitiativen bleiben aus. So steht nicht weniger als die industrielle Basis Thüringens auf dem Spiel.



Der Brandanschlag auf das Stromnetz Berlins durch die »Vulkangruppe« war kein »radikaler Ausreißer«. Er war ein weiteres Glied in einer langen Kette linksextremer Gewalt, die sich selbstbewusst auf den Begriff »Antifaschismus« beruft – und daraus einen Freibrief für Zerstörung, Einschüchterung und körperliche Gewalt ableitet. Wer diese Realität weiterhin verharmlost, macht sich mitschuldig. Während Autos brennen, Menschen brutal zusammengeschlagen und politische Gegner systematisch bedroht werden, applaudieren linke Netzwerke in Universitäten und anderswo offen den Aufrufen zu tödlicher Gewalt gegen sogenannte »Faschisten«. Das alles geschieht nicht im Verborgenen, sondern mitten in der Gesellschaft – oft unter den Augen staatlicher Institutionen, die lieber wegsehen als eingreifen.

Antifaschismus – ein politischer Kampfbegriff
Der Antifaschismus, auf den sich die heutige Antifa beruft, ist keine moralische Selbstverständlichkeit, sondern ein ideologischer Kampfbegriff mit autoritärer Tradition. Schon die KPD nutzte ihn in der Weimarer Republik nicht zur Verteidigung der Demokratie, sondern zur Delegitimierung des politischen Gegners und zur Vorbereitung der Systemüberwindung. In der DDR wurde Antifaschismus zur

Staatsreligion – er rechtfertigte Mauerbau, Repression und Schießbefehl. Diese Logik lebt fort: Wer den Kapitalismus pauschal als Vorstufe des Faschismus definiert, erklärt jeden politischen Gegner zum potenziellen Feind. Gewalt wird so nicht nur erlaubt, sondern moralisch aufgewertet. Antifaschismus wird zur Waffe.

Gewalt ist kein Betriebsunfall, sondern Programm

Spätestens dort, wo Linksextremisten offen vom »Straßenkampf«, von »Kommandoaktionen« und vom Töten politischer Gegner sprechen – und dafür Beifall erhalten –, endet jede Ausrede. Folgendes Beispiel soll

Monaten Haft verurteilt. Unmittelbar danach verlieh ihm der damalige Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter den »13. Preis für Zivilcourage«. Die Auszeichnung erfolgte trotz seiner Inhaftierung. Da Josef S. zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis saß, nahm seine Schwester den Preis stellvertretend entgegen.

Die »Antifa Ost«: Links-terrorismus mit System

Die sogenannte »Antifa Ost« (»Hammerbande«) steht exemplarisch für die neue Qualität linker Gewalt. Die Überfälle von Eisenach, Leipzig, Budapest und anderswo waren keine spontanen Eskalationen, sondern das Ergebnis planvoller, arbeitstei-

verweigert sich bewusst der Realität. Die Parallelen zur RAF sind unübersehbar – nur dass man diesmal aus politischer Bequemlichkeit lieber schweigt.

Eine Spur der Verwüstung – und staatliche Komplizenschaft

Von den Krawallen in Berlin und Hamburg über den G20-Gipfel bis zu Brandanschlägen und Angriffen auf Parteibüros zieht sich eine klare Linie. Alleine im Jahr 2024 kam es zu 69 registrierten Angriffen auf Wahlkreisbüros der AfD in Thüringen. Gewalt ist integraler Bestandteil autonomer Antifa-Strategie. Erschütternd ist dabei nicht nur die Brutalität der Täter, sondern auch

in denen sich Radikalisierung, Vernetzung und Nachwuchsrekrutierung ungestört entfalten können. Der Staat finanziert damit indirekt jene Milieus, aus denen der nächste Anschlag hervorgeht.

International erkannt – national verdrängt

Andere Länder haben die Zeichen erkannt. Die USA, Ungarn und weitere Staaten stufen Antifa-Strukturen inzwischen als terroristische Organisationen ein. In Deutschland hingegen dominiert politische Feigheit. Man klammert sich an das Märchen von der »harmlosen Jugendkultur«, während linksextreme Netzwerke längst grenzüberschreitend agieren.

Schluss mit dem blinden Fleck

Der deutsche Rechtsstaat steht an einem Scheideweg. Entweder er wendet Recht konsequent gegen jede Form politischer Gewalt an – oder er akzeptiert einen linken Gewaltkomplex, solange dieser sich antifaschistisch etikettiert. Ein Verbot klar identifizierbarer, gewaltbereiter Antifa-Strukturen wäre kein Angriff auf demokratische Werte, sondern deren Verteidigung. Wer Gewalt duldet, um die Demokratie zu schützen, zerstört sie. Wer wegschaut, macht den Mob stärker. Der Rechtsstaat hat alle Instrumente in der Hand. Was fehlt, ist der Mut, sie endlich einzusetzen.

AfD-Fraktion fordert Antifa-Verbot!

Sehen Sie hierzu die Rede:



Brandanschlag auf das AfD-Wahlkampffahrzeug am 19.10.2019 in Artern / Unstrut

zeigen, wie Linksextremismus und Politik mitunter Hand in Hand gehen: Im Jänner 2014 wurde der aus Jena stammende Josef S. nach Protesten in Wien gegen den Akademikerball wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung rechtskräftig zu zwölf

liger Organisation. Das Oberlandesgericht Dresden stellte ein bundesweit vernetztes Geflecht fest, das gezielt Menschen attackierte, die es zu politischen Feinden erklärt hatte. Rund 20 Verdächtige sind untergetaucht. Wer hier noch von »diffusen Strukturen« spricht,

die Reaktion der Politik. Denn während Polizei und Justiz mühsam ermitteln, fließen Steuergelder in Projekte, die Solidarität mit mutmaßlichen Gewalttätern propagieren. Programme wie »Demokratie leben!« oder kommunale Förderungen schaffen Schutzräume,

Windindustriewahnsinn stoppen!

Unsere Natur- und Kulturlandschaften schützen

Gesetzentwurf zur Aufhebung des Thüringer Klimagesetzes:

Neue, monströse Windkraftanlagen vor Sankt Bernhard im Landkreis Hildburghausen.

Das Windenergieländer verbindliche Flächenziele für den Ausbau der Windindustrie vor. In Thüringen sollen bis Ende 2032 insgesamt 2,2 Prozent der Landesfläche ausgewiesen werden – faktisch eine Opferung von rund 35.600 Hektar für diese volatile und hochsubventionierte Form der Energieerzeugung, von der vor allem Windkraftlobbyisten profitieren. Die zuständigen Regionalen Planungsgemeinschaften setzen diese Flächenziele derzeit um. Hinzu kommt, dass Bund und EU weitreichende Beschleunigungsverfahren für den Ausbau der Windenergie auf den Weg gebracht haben. Im Sommer 2025 wurde ein umfassendes »Beschleunigungspaket« im Bundesrat verabschiedet – auch mit den Stimmen der Thüringer Landesregierung.

Wie stellt sich die Situation im Thüringer Parlament dar? Die AfD-Fraktion tritt seit langem mit Initiativen dafür ein, den Windindustriewahnsinn zu stoppen. So haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, der den vollständigen Rückbau von Windenergieanlagen einschließlich ihrer Fundamente über die Bauordnung regeln sollte. Zudem sollte verbindlich festgelegt werden, dass die Betreiber die finanziellen Mittel für diesen vollständigen Rückbau nachweisen müssen.

Darüber hinaus brachten wir einen Antrag zur Abschaffung

des genannten Windenergieländer bedarfsgesetzes in den Landtag ein. Beide Initiativen wurden von allen übrigen Fraktionen abgelehnt. Dennoch hat die AfD gewirkt: Nachdem wir die Debatte im Parlament angestoßen hatten, sah sich die Landesregierung veranlasst, tätig zu werden, wenn auch bislang unzureichend.

Im November 2025 brachten die Regierungsfraktionen von CDU, BSW und SPD jedoch einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, in dessen Folge die Landesforstanstalt die Möglichkeit erhalten soll, durch Geschäfte mit der Windindustrie auf Staatsforstflächen Einnahmen zu erzielen. Dies widerspricht aus unserer Sicht nicht nur dem Waldgesetz und den Schutzfunktionen des Waldes, sondern auch klaren Wahlversprechen – insbesondere der CDU – vor der Landtagswahl im September 2024.

Die Landesforstanstalt muss sich auf die Wiederbewaldung konzentrieren und soll nicht dazu gedrängt werden, als Betreiber oder durch die Verpachtung von Waldflächen den Bau von Windenergieanlagen im Wald zu ermöglichen. Der Wald ist kein Industriegebiet. Er ist Ökosystem, Rückzugsraum, Erholungsort und ein zentraler Baustein für den Tourismus in Thüringen. Selbstverständlich ist der Wald zur nachhaltigen Bewirtschaftung bestimmt. Der Bau und der Betrieb von Windindustrieanlagen jedoch zerstören den Wald

dauerhaft. Nach Bekanntwerden dieses Vorhabens erreichten zahlreiche Zuschriften die Abgeordneten des Landtags und die Landesregierung. Zudem fand eine Demonstration mehrerer Bürgerinitiativen vor dem Landtag statt. Doch Vernunft und Verantwortung gegenüber dem Naturschutz setzten sich leider nicht durch. Das Gesetz wurde in der letzten Plenarsitzung des Jahres 2025 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BSW, SPD und der Linken beschlossen. Die

AfD-Fraktion stimmte dagegen. Mit diesem Gesetz wird der Ausbau der Windenergie im Wald aufgrund des zunehmenden Ökonomisierungsdrucks auch im Privat- und Kommunalwald weiter forciert. Das wird gravierende Folgen für die Umwelt und insbesondere für den ländlichen Raum haben.

Wir geben jedoch nicht auf, denn der Schutz unserer Natur- und Kulturlandschaft liegt uns am Herzen. Der Ausbau der Windindustrie geht mit erheblichen

Eingriffen in die Umwelt, zunehmender Flächenversiegelung, Gefahren für die heimische Fauna und einer nachhaltigen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes einher. Wer das Grüne Herz Deutschlands schützen will, muss sich der Windindustrie entgegenstellen.

Um mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen, werden wir auch im Jahr 2026 Veranstaltungen zur sogenannten Energiewende durchführen und freuen uns, Sie dort begrüßen zu dürfen.

Nadine Hoffmann

Größenvergleich:

So groß sind die Windkraftanlagen





Gewalt an Schulen Interview mit Denny Jankowski

Herr Jankowski, die AfD-Fraktion hat vor einigen Wochen das Portal »Schulgewalt« auf den Weg gebracht. Was hat es damit auf sich?

Die Lage an den Schulen – nicht nur in Thüringen – hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Das erfährt man nur selten aus den Medien, wir hören es aber oft von Eltern oder den Schülern selbst an unseren Infoständen: Gewalt und Mobbing haben stark zugenommen. Wir reden hier nicht von eher harmlosen Schulhofrangeleien oder Sticheleien, sondern über eine ganz andere Dimension: von tatsächlichen Straftaten wie Körperverletzung oder Eigentumsdelikten, die inzwischen sogar in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden müssen, weil sie nicht mehr als »Bagatellen« abgetan werden können.

Wir mussten feststellen, dass weder die vorherige Landesregierung noch die »Brombeerkoalition« das Problem wirklich ernst

nahmen. Gewalt und Mobbing beginnen jedoch bereits unterhalb der Strafbarkeit: Wenn sich etwa Schüler zu Gruppen zusammenschließen, um einzelne Kinder und Jugendliche zu bedrohen oder zu beleidigen. Opfer dieser Übergriffe gehen morgens schon mit Angst aus dem Haus. Aus unseren Bürgergesprächen haben wir eine recht genaue Vorstellung davon, was in den Thüringer Schulen passiert, aber wir brauchen belastbare Daten. Nur wer durch ungeschönte Statistiken die Realität an den Schulen zur Kenntnis nimmt, kann sinnvolle Maßnahmen entwickeln.

Warum engagiert sich die Landesregierung nicht stärker für die Sicherheit an unseren Schulen?

Man möchte keine Tabuthemen anpacken. Die Zunahme von Gewalt hat klare Ursachen und ist auf politisches Versagen zurückzuführen: eine verfehlte Migrations- und eine planlose Inklusionspolitik. Lehrer wur-

den nach und nach zu Lernbegleitern degradiert, die keine ordnende Autorität mehr ausüben dürfen und oftmals auch nicht angehört werden. Der Schein der »toleranten, bunten Schule« soll um jeden Preis gewahrt werden.

Unkontrollierte Einwanderung aus arabisch-muslimischen Ländern wirkt sich auch auf unsere Schulen aus. In den Städten kann oft nur noch eine Minderheit der Schüler dem deutschsprachigen Unterricht folgen. Junge Migranten finden dominantes Auftreten auf dem Schulhof »cool« und fechten nicht selten auch religiöse Konflikte vor Ort aus.

Welche Maßnahmen schlägt die AfD-Fraktion vor? Was taugen die bereits bestehenden Präventionskonzepte?

Es gibt eine einfache Frage, die wir uns ehrlich stellen müssen: Wenn die bisherigen Konzepte wirken würden – warum steigen die Gewalttaten an unseren

Deutschkenntnisse besitzt, darf in die regulären Schulklassen überwechseln. Alles andere führt nur zu Frustration, Konflikten und Gewalt. Gerade an den Schulen mit den höchsten Migrationsanteilen haben wir auch die meisten Gewalttaten.

Des Weiteren dürfen gewaltaffine und aggressive Schüler nicht länger die gesamte Klasse terrorisieren und den Schulfrieden stören. Sie gehören in Förderklassen mit dem Schwerpunkt Verhaltensauffälligkeiten und Aggressivität. Dort gibt es spezialisiertes Personal, welches auf den Umgang mit ihnen geschult ist und helfen kann.

Ganz wichtig: Lehrer und Direktoren brauchen endlich verlässlichen Rückhalt der Politik. Lehrer müssen wirksame Ordnungsmaßnahmen gegenüber gewalttätigen Schülern verhängen können. Und vor allem muss gelten: Wer einen Lehrer angreift, begeht keinen Streich, sondern eine Straftat – und die muss automatisch angezeigt werden.

Herr Jankowski, wir danken Ihnen für das Gespräch!



Besuchen Sie uns auf der 36. Thüringen-Ausstellung!



Alle weiteren Informationen:
<https://afd-thl.de/thueringenausstellung2026>

Vom 28. Februar bis 8. März 2026 auf der Erfurter Messe in Halle 1 – natürlich rechts oben!